

Jede/r kann einen wichtigen Beitrag leisten!

Geflüchtete Menschen haben ein Recht auf ein faires Asylverfahren und auf verlässliche Unterstützung. Die österreichische Zivilgesellschaft ist bereit, dazu einen Beitrag zu leisten.

- # **Werde auf Social Media aktiv**
Folge uns auf Facebook, Instagram oder Twitter.
- # **Bestelle ein Materialpaket**
Flyer, Folder und Sticker – hilf mit beim Verteilen.
- # **Zeige deinen Protest in deiner Umgebung**
Organisiere einen Flashmob, einen Infotisch oder verteile unsere Materialien.
- # **Rüste dich gegen die Stammtischparolen**
Wir haben den Überblick über Seminare und Argumentationstrainings.
- # **Sprich mit Menschen in deiner Umgebung**
Ermutige und überzeuge die Menschen in deiner unmittelbaren Umgebung von #FairLassen



www.fairlassen.at

kontakt@fairlassen.at

- facebook.com/sicherseinAT
- twitter.com/sicherseinAT
- instagram.com/sicherseinAT



Träger*innen:



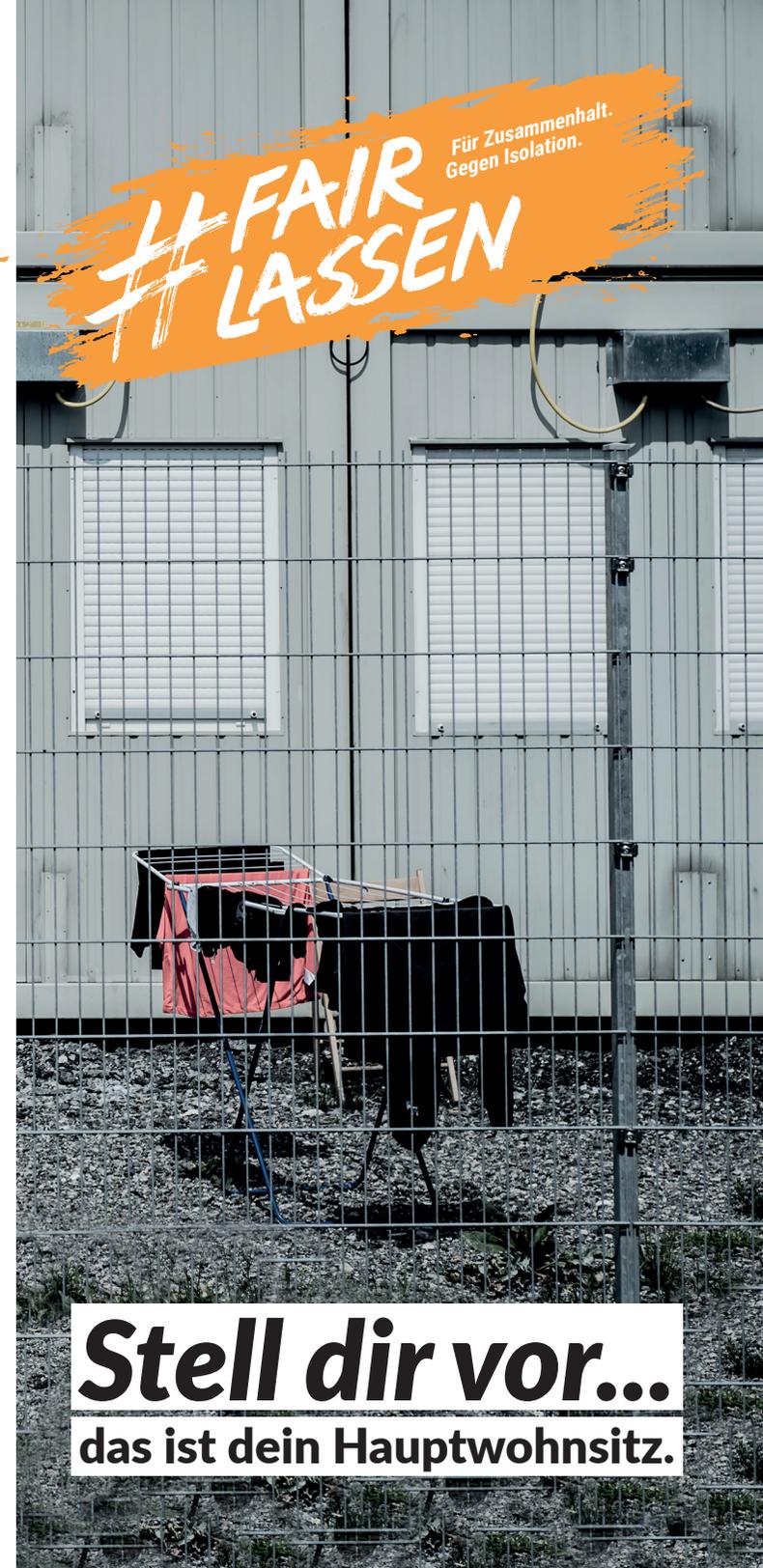
Impressum:

Medieninhaberin: asylkoordination österreich,
Burggasse 81, 1070 Wien, ZVR 494557325

Herstellerin: Volkshilfe Österreich,
Auerspergstraße 4, 1010 Wien

Fotos: © Christopher Glanzl

#FAIRLASSEN
Für Zusammenhalt.
Gegen Isolation.



Stell dir vor..
das ist dein Hauptwohnsitz.

Isoliert in Österreich

Die neu geschaffene Bundesbetreuungsagentur (BBU) übernimmt die Betreuung von Asylwerber*innen ab Dezember 2020. Statt Geflüchtete zügig zu den Asylverfahren zuzulassen, landen schon jetzt immer mehr Menschen in großen Lagern, oft außerhalb von Ballungszentren. Die Ungewissheit und das lange Warten ohne Beschäftigung zehrt an den Nerven.

Zivilgesellschaft bleibt draußen

Der Zugang der Zivilgesellschaft zu den geflüchteten Menschen wird gezielt eingeschränkt oder ganz verhindert. Die unzähligen Initiativen zur Begleitung von Asylwerber*innen, zum Erlernen der Sprache und zum kulturellen Austausch sind damit in Gefahr.

Menschen werden abgeschottet und isoliert

Daher fordern wir:

- # Der **Zugang** zu den Bundesbetreuungsquartieren muss **uneingeschränkt** möglich sein.
- # Die Quartiere in der Bundesbetreuung müssen **Mindeststandards** aufweisen und für unterschiedliche Bewohner*innengruppen spezielle Angebote aufweisen.
- # Es muss Unterkünfte mit **höherer Betreuungsdichte** für die erste Phase der Unterbringung geben. In weiterer Folge auch kleinere, weniger betreute, dafür aber individuellere Unterkünfte.
- # Die lückenlose Betreuung durch Fachkräfte sowie der **Zugang zu spezialisierten Beratungsstellen** ist sicher zu stellen.
- # **Standards für die Grundversorgung** in der Bundesbetreuung müssen gesetzlich geregelt werden.

Integration statt Isolation

von Schutzsuchenden

Eine Geschichte der Isolation

S. ist 22 Jahre alt und MMA-Profi (Mixed Martial Arts). Er lebt **seit elf Jahren in Österreich**, ist hier zur Schule gegangen und spricht Deutsch besser als seine Muttersprache. Doch die Asylanträge von ihm und seinen Eltern wurden abgelehnt. Nach jahrelangem Verfahren wurde die Abschiebung nach Russland für zulässig erklärt.

Im Jänner 2018 wurde die **Grundversorgung gestrichen**, die Familie musste das Quartier verlassen und meldete sich obdachlos. Schließlich wird er in Schubhaft genommen. Obwohl das russischen Innenministerium bereits im Mai 2018 mitteilte, dass der Antrag auf Rückübernahme von S. abgelehnt werde, blieb er von Juni bis Dezember in **Schubhaft**.

Direkt nach seiner Entlassung muss er sich im Rückkehrberatungszentrum (RÜBE) **Fieberbrunn** melden. Die Unterkunft liegt in 1.300 m Höhe, über 11 km Anfahrt vom Ort. Besuche sind aufgrund der **Abgeschiedenheit** faktisch unmöglich.

„Es war dort schrecklich für mich. Nach der Schubhaft wurde mir gleich wieder meine Freiheit entzogen. Der einzige Unterschied zwischen Schubhaft und Fieberbrunn ist, dass man ein Handy hat.“

Seine Bitte um ein Einzelzimmer wurde abgelehnt. Besucher*innen dürfen nicht ins Haus, er erhält kein Taschengeld. Die Isolation führte bei S. zu Schlafstörungen. Er sitzt auf unbestimmte Zeit isoliert auf 1300m Höhe, die Langeweile und die Hoffnungslosigkeit sind kaum zu ertragen. Alle paar Wochen kommt ein Rückkehrberater des "Vereins Menschenrechte Österreich". „Er sagt, dass ich **freiwillig zurückkehren solle, da ich keine Chance hätte**“, erzählt S.

